

Haushalts- und Finanzausschuß

Protokoll

63./64. Sitzung (nicht öffentlich)

14./15. September 1994

Heinsberg - Kreishaus

14.15 Uhr bis 18.45 Uhr (63. Sitzung)

11.30 Uhr bis 12.35 Uhr (64. Sitzung)

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

a) Einzelplan 12 - Finanzministerium -

Vorlage 11/3210

1

Nach einer allgemeinen Aussprache behandelt der Ausschuß
den Einzelplan 12 in einem ersten Beratungsdurchgang.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994
ls-mj

Seite

b) Text des Haushaltsgesetzes 1995

Vorlage 11/3230

18

Der Ausschuß behandelt das Haushaltsgesetz in einer ersten Beratungsrunde.

2 Haushaltssituation und Strukturprobleme des Kreises Heinsberg

28

Nach der Rede des Oberkreisdirektors diskutieren die Abgeordneten mit den Kreisvertretern über die Haushaltssituation und die Strukturprobleme des Kreises.

3 Einstellungszusagen für 1995 an Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie an Bewerber für den Ausbildungsberuf "Verwaltungsfachangestellte/r"

Vorlage 11/3233

33

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Nichtanwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vorlage 11/3233 an.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994
ls-mj

Seite

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995
(Haushaltsgesetz 1995)**

a) Einzelplan 20

Vorlage 11/3211

34

Der Ausschuß befaßt sich in einem ersten Beratungsdurchgang mit dem Einzelplan 20.

b) Sonstiges zum Haushalt

41

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994

ls-mj

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

**a) Einzelplan 20
Vorlage 11/3211**

Kapitel 20 010 - Steuern (S. 8 bis 11)

Zu den Steuern erinnert **Finanzminister Schleußer** an die bereits im Finanzausschuß dargestellte Entwicklung und betont, nach wie vor sei nicht sicher, ob die Steuerschätzungen sich als richtig erweisen würden. Nachdem bereits im 1. Quartal 50 % der erwarteten Steuermehreinnahmen eingegangen seien, woraufhin die einnahmebedingte Haushaltssperre aufgehoben worden sei, habe es im 2. Quartal einen Einbruch bei den Steuereinnahmen gegeben, so daß nunmehr sogar ein Rückgang der allgemeinen Steuereinnahmen festgestellt werden müsse. Da die anderen finanzstarken Bundesländer sogar deutlich höhere Einbrüche zu verzeichnen hätten, könne zudem nicht ausgeschlossen werden, daß das Land erhebliche zusätzliche Leistungen im Länderfinanzausgleich erbringen müsse. Er hoffe, daß letztlich die Steuereinnahmen eine Ergänzungsvorlage oder einen Nachtrag in den letzten zwei Monaten dieses Jahres nicht erforderlich machten.

Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen (S. 12 bis 33)

**Titel 123 10 - Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen
Klassenlotterie**

Abgeordneter Riscop (CDU) möchte wissen, warum nicht das Ist-Ergebnis 1993 angesetzt worden sei.

Staatssekretär Dr. Bentele (FM) verweist auf die in der Erläuterung genannte Erhöhung des Lospreises, was zunächst einmal einen deutlichen Anstieg zur Folge habe, bevor eine Normalisierung eintrete. Der Ansatz beruhe daher auf einer Schätzung.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994
ls-mj

Titel 531 00 - Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit

Zu der Frage des **Abgeordneten Riscop (CDU)**, warum dieser Titel im Einzelplan 20 enthalten sei, erklärt **Finanzminister Schleußer**, nach dem Urteil des Verfassungsgerichts vom Januar 1992, in dem der Landesregierung vorgeworfen worden sei, sie habe die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit nicht ausgewiesen, würden seit 1993 regelmäßig an dieser Stelle die entsprechenden Mittel eingesetzt. Er bemühe sich als Finanzminister, insoweit möglichst keine Ausgaben zuzulassen.

Titel 571 00 - Zinsen für Kassenkredite

Abgeordneter Riscop (CDU) wundert sich, daß dieser Ansatz 95 Millionen DM betrage, obwohl das Ist-Ergebnis 1993 nur 62 Millionen DM ausgemacht habe.

Die Zinsen für Kassenkredite seien schlecht zu schätzen, stellt **MD Dr. Berg (FM)** fest. Dabei spiele die Entwicklung des langfristigen Kapitalmarktzinses und des kurzfristigen Geldmarktzinses eine Rolle. Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung der Zinsen würden verstärkt längerfristige Kredite aufgenommen, aber es sei keineswegs sicher vorherzusagen, ob diese Entwicklung über das ganze Jahr 1995 hinweg anhalte. Letztlich handele es sich bei diesem Ansatz jedoch um eine Schätzung.

Titel 821 70 - Erwerbsmaßnahmen von Bauträgern, durch Immobilienleasing, Mietkauf und von sonstigen Investoren

Ihn interessiere, äußert **Abgeordneter Riscop (CDU)**, wofür dieser Ansatz verwandt werde.

Es müsse alternativ geprüft werden, hebt **Finanzminister Schleußer** hervor, ob eine eigene Baumaßnahme oder Leasing über einen Generalunternehmer günstiger sei. Aus diesem Titel werde nur finanziert, wenn diese Prüfung für die Leasing-Lösung spreche. Das Finanzministerium könne dem Ausschuß aber mitteilen, welche Maßnahmen bereits auf diese Weise durchgeführt würden.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994

ls-mj

Zu einer Nachfrage des **Abgeordneten Bensmann (CDU)** zu den ebenfalls in dem Titel erwähnten Verpflichtungsermächtigungen legt **Finanzminister Schleußer** dar, die meisten größeren Baumaßnahmen, die im Leasing-Verfahren vergeben würden, könnten in der Regel nicht innerhalb eines Jahres abgewickelt werden, weshalb Verpflichtungsermächtigungen erforderlich seien. Im übrigen würden die Maßnahmen in enger Abstimmung mit dem Bauministerium, das für die Maßnahmen an sich zuständig sei, durchgeführt.

Dazu führt **MD Dr. Berg (FM)** noch aus, dieser Titel stelle eine Verstärkung für solche Baumaßnahmen dar, die in den Einzelplänen schon in traditioneller Form veranschlagt seien. Hierzu gebe es ein Deckungsfähigkeitsverbundsystem. - **MD Dr. Oerter (FM)** ergänzt, dies stelle die Umsetzung des Beschlusses des Kabinetts zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe kostengünstiges- und -sparendes Bauen dar, indem alternativ die Möglichkeit eröffnet werde, entweder das klassische Investitionsmodell bei dem der Staat selber baue, oder aber den privaten Weg zu wählen, wenn dieser kostengünstiger sei. Dazu könnten die Mittel umgeschichtet werden.

Finanzminister Schleußer betont, dies sei ein interner Kompromiß. Er gehe davon aus, daß jede Generalübernahme billiger sei, während seine Kabinettskollegin das Gegenteil annehme.

**Kapitel 20 030 (S. 36 bis 43) - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
und Finanzausgleich
Titel 684 00 - Abgeltung von Kirchenbaulasten**

Bezugnehmend auf die Erläuterungen zu diesem Titel bittet **Abgeordneter Riscop (CDU)**, dies noch näher zu erklären. - **RD'in Schuck-Mitzke (FM)** stellt fest, die nicht betroffenen Gemeinden erbrächten einen Solidarbeitrag. Während die betroffenen Gemeinden 1,6 Millionen DM zahlten, entfielen auf die übrigen Gemeinden 4,9 Millionen DM.

Abgeordneter Trinius (SPD) hält den Grundgedanken für richtig, daß die Gemeinden bei diesen Gebäuden solidarisch zusammenstünden.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994

ls-mj

Kapitel 20 610 - Kapitelvermögen (S. 44 bis 63)

Titel 129 30 - Entgelt für die Erhöhung der Eigenkapitalbasis der Westdeutschen Landesbank Girozentrale

Abgeordneter Riscop (CDU) spricht die in den Erläuterungen zu diesem Titel genannten Verhandlungen an und fragt nach dem gegenwärtigen Sachstand.

Auf Arbeitsebene seien Gespräche geführt worden, antwortet **MD Dr. Oerter (FM)**. Es sei allerdings noch nicht zu einer Festlegung auf eines der verschiedenen Modelle gekommen. - **Finanzminister Schleußer** kündigt an, eine mögliche Verständigung werde in der Ergänzungsvorlage berücksichtigt.

Titel 526 20 - Gutachten und Beratungen bei der Veräußerung/Privatisierung von Landesbeteiligungen

Auf eine entsprechende Frage des **Abgeordneten Bensmann (CDU)** führt **Finanzminister Schleußer** aus, es sei bei der Veräußerung von Landesvermögen nicht ganz einfach, optimale Preise zu erzielen. Dafür sei das Ministerium auf kompetente Fachberatung z. B. bei der Veräußerung der Aktien der Deutschen Pfandbriefanstalt angewiesen.

MD Dr. Oerter (FM) nennt als konkretes Beispiel tatsächlicher und rechtlicher Art die Veräußerung der Flughafenbeteiligungen, wofür Gutachten gebraucht würden, weil deren Werthaltigkeit schwer eingeschätzt werden könne. So existierten bei beiden Flughäfen Restriktionen. Außerdem habe z. B. der Deckungsbeitrag des 1999 wegfallenden Duty-Free-Shops in Düsseldorf im letzten Jahr 32 Millionen DM betragen.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994
ls-mj

Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen (S. 64 bis 74)

Titel 916 10 - Zuführung an den Grundstock

Abgeordneter Riscop (CDU) bittet um Auskunft, ob abgesehen werden könne, was mit diesen Mitteln erworben werden solle.

Nach heutigem Stand, antwortet **MD Dr. Oerter (FM)**, seien in der Planung unter anderem das Polizeipräsidium Hamm, weiter der Erwerb von vier Kasernenbereichen aus Bundesvermögen. Dies sei für das Land recht günstig. Da sie für Hochschulzwecke genutzt werden sollten, erhalte das Land einmal den Nachlaß des Bundes von 50 % und die Bezuschussung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz. Angestrebt im Konzept der Landesregierung außerdem, den Neubau des Arbeitsministeriums eines Tages anzukaufen. Beim Arbeitsministerium werde übrigens nach der Planung mit einem Preis von 133 Millionen DM Kosten gerechnet.

Die Frage des **Vorsitzenden**, ob dieses Gebäude zunächst gemietet werde, bejaht **MD Dr. Oerter (FM)**. Der jährliche Aufwand liege zwischen 6 und 7 Millionen DM.

Die Frage des **Vorsitzenden**, wann die noch nicht etatisierten Mittel für den Umbau des MAGS und der Staatskanzlei im Haushalt eingestellt würden, beantwortet **Finanzminister Schleußer** mit dem Hinweis, dies werde geschehen, sobald sie leergezogen seien.

Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter

Abgeordneter Bensmann (CDU) fragt, warum für die Arbeiten im Schloßgarten des Schloßparks Münster nicht eine Firma beauftragt werde.

Die dafür aufgeführten sechs Stellen, betont **RD'in Schuck-Mitzke (FM)**, seien bereits seit Jahren vorhanden. Sie könne jedoch nicht sagen, warum diese Arbeiten nicht an eine Firma vergeben worden seien.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994
ls-mj

Finanzminister Schleußer sagt zu, sich um die Frage zu kümmern, welche rechtlichen Verpflichtungen bezüglich dieser sechs Arbeiter bestünden.

Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung (S. 76 bis 89)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) möchte wissen, ob es auf dem Kreditmarkt überhaupt noch Geld ohne Maklervermittlung gebe.

Dies könne jetzt nicht konkret beantwortet werden, was aber bei der nächsten Sitzung nachgeholt werde, sichert **MD Dr. Berg** zu. Allerdings nehme das Land einen großen Teil seiner Kredite auf, ohne Makler einzuschalten.

Nordrhein-Westfalen, das bis Mitte letzten Jahres bei der Hilfe für Brandenburg die gesamte Kreditaufnahme organisierte, genieße auf dem Gebiet der Kreditbeschaffung einen exzellenten Ruf, versichert **Finanzminister Schleußer**.

Titel 575 10 - Zinsen für Kreditmarktmittel

Der **Vorsitzende** bittet um Informationen zur Zinsstruktur.

Nach seinen Informationen, berichtet **MD Dr. Berg (FM)**, werde derzeit Geld für zehn Jahre mit 7,2 %, Geld für fünf Jahre mit etwa 6,5 % und Tagesgeld mit 5 bis 5,5 % verzinst.

Bei diesen Marktbedingungen, meint **Abgeordneter Bensmann (CDU)**, müßten die Rücklagen sofort aufgelöst werden.

Sollten sich die gerade genannten Zinssätze über einen längeren Zeitraum als konstant erweisen, geht **Finanzminister Schleußer** darauf ein, werde das Land so vorgehen. Ein längerer Zeitraum umfasse jedoch einige Monate. - **MD Dr. Berg (FM)** ergänzt, derzeit bediene sich das Land sehr stark sogenannter Floater mit einer halbjährigen Kündigungsfrist.

Dazu verweist **Staatssekretär Dr. Bentele (FM)** auf den neuesten Bericht der WestLB über Wirtschaftstrends, wonach Bundesbankmaßnahmen nicht ausgeschlossen würden. In einer solch unsicheren Lage sei das Land gut beraten, sich des Instruments der Floater mit der eingebauten Beweglichkeit zu bedienen.

Kapitel 20 710 - Beamtenversorgung (S. 90 bis 95)

Anknüpfend an frühere Diskussionen über die Entwicklung der Beamtenversorgung möchte der **Vorsitzende** wissen, ob interne Erkenntnisse darüber existierten, wie die Zahlen aussähen, müßten die Pensionsverpflichtungen unter bilanzrechtlichen Gesichtspunkten als Rückstellungen geführt werden.

Finanzminister Schleußer erklärt, nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten müßte nach der Aussage eines Professors aus Speyer das Land Nordrhein-Westfalen 80 Milliarden DM Rückstellungen vorsehen. Allerdings würden Bund, Länder und Gemeinden nicht so verfahren. Die Kommunen hätten einen Personalkostenanteil, der mit 32 % unwesentlich unter dem des Landes liege. Müßten die nordrhein-westfälischen Gemeinden versicherungsmathematische Rückstellungen bilden, würden diese wohl einen Betrag von etwa 60 Milliarden DM ausmachen. Der Bundesgesetzgeber, der das Haushaltsgrundsätzegesetz beschließe, sage jedoch ausdrücklich, daß dieses Rückstellungsverfahren im öffentlichen Bereich nicht zulässig sei.

Kapitel 20 730 - Lehrerversorgung (S. 96 bis 99)

Der **Vorsitzende** fragt, warum die Versorgungskosten getrennt ausgewiesen würden. - Einmal sei dies historisch gewachsen, antwortet **MD Dr. Berg (FM)**, zum zweiten würden die Bereiche Lehrer und Polizei gesondert aufgeführt, weil es sich um besonders große Personalkörper handle. Außerdem trete der Versorgungsfall bei den Lehrern relativ früh ein, und zudem wachse dieser Bereich stärker als alle anderen. Dieses Vorgehen diene also der Transparenz des Haushalts.

Haushalts- und Finanzausschuß
63. und 64. Sitzung

14./15.09.1994

Is-mj

4 b) Sonstiges zum Haushalt

Abgeordneter Bensmann (CDU) spricht zu Einzelplan 13 den Ansatz für externe Gutachten beim Landesrechnungshof - Titel 526 00 - an, der lediglich 30 000 DM betrage, während neben dem Landesrechnungshof der Haushaltskontrollausschuß einen Ansatz von 500 000 DM befürworte.

Finanzminister Schleußer erscheint selbst der vorhandene Ansatz zu hoch. Er schlägt dem Finanzausschuß vor, diesen Ansatz auf Null zu setzen, weil dem Landesrechnungshof mit den Rechnungsprüfungsämtern eine ausgezeichnete nachgeordnete Behörde mit erheblichem Personalbestand an die Hand gegeben worden sei. Deshalb habe er kein Verständnis für zusätzliche auswärtige Gutachten beim Landesrechnungshof.

gez. Dautzenberg
Vorsitzender

07.10.1994 / 18.10.1994

Anlage

Herr Ausschuß-Vorsitzender Dautzenberg,
Herr Minister Schleußer,
meine Damen und Herren!

Herr Landrat Gruber und ich möchten Sie sehr herzlich im Kreis Heinsberg und in unserem Kreishaus willkommen heißen. Wir hoffen, daß Sie mit den räumlichen Bedingungen, die wir Ihnen für Ihre auswärtige Sitzung bieten können, zufrieden sind. Wir wünschen Ihnen jedenfalls gute Beratungen und einen angenehmen Aufenthalt im Kreis Heinsberg.

Ich möchte Ihnen jetzt ein wenig über den Kreis sagen, den Sie mit Ihrem Besuch beehren. Am treffendsten könnte man einen solchen Kreis mit einem Superlativ charakterisieren. Gibt es einen? Wir sind weder der größte noch der kleinste Kreis im Lande, sondern liegen mit 232.000 Einwohnern im Bereich der kleineren Kreise. Ich wage auch nicht zu behaupten, daß wir der schönste Kreis im Lande seien. Das nehmen von sich noch mindestens 20 andere Kreise an. Aber es gibt zwei unbestrittene und unbestreitbare Superlative, die diesen Kreis kennzeichnen: Er ist der westlichste Kreis von ganz Deutschland, und er ist der Kreis mit der niedrigsten Kreisumlage im ganzen Land NW. Anders ausgedrückt: Der Kreis Heinsberg ist ein ausgeprägter Grenzkreis mit einer Grenze von 77,5 km zu den Niederlanden. Und dieser Kreis ist ein sparsamer Kreis. Beide Vorzüge geben mir Gelegenheit, etwas zu den Strukturproblemen dieses Kreises und etwas zur Haushaltssituation zu sagen. Ich beginne mit dem letzteren.

Wir erheben eine allgemeine Kreisumlage von 34 % und daneben eine Mehrbelastung zur Finanzierung der Jugendamtskosten von 8,3 %. Um diese niedrige Umlage werden wir oder besser gesagt unsere Städte und Gemeinden von den Gemeinden anderer Kreise beneidet. Trotzdem haben auch wir - und zwar sowohl unsere Städte und Gemeinden als auch der Kreis - unsere finanziellen Probleme. Selbstverständlich ist es sehr schwer, den Kreishaushalt mit der niedrigen allgemeinen Umlage von 34 % auszugleichen. Und umgekehrt sind auch einige unserer Städte - trotz der vergleichsweise moderaten Umlagegestaltung - genötigt, ihren Haushalt durch eine veranschlagte Rückzuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Also auch in unserem Kreis sind wir nicht frei von Fällen, wo Städten und Gemeinden kommunalaufsichtlich ein Einsparkonzept zur Auflage gemacht werden mußte.

Wie wahrscheinlich alle Kreise haben wir uns für die Etats 1994 und 1995 freiwillig Einsparungen gegenüber den Vorjahren auferlegt. So haben wir

- im Stellenplan 1994 11 Stellen abgebaut,
- den Sammelnachweis 2 - also die allgemeinen Sachkosten - rigoros um 200.000 DM gekürzt und
- eine ganze Reihe finanzieller Kreiszuwendungen an andere Aufgabenträger im schulischen Bereich, auf kulturellem Gebiet oder im Sportbereich gestrichen.

Umgekehrt haben wir die Entgelte für unsere Kreismusikschule bis an die Grenze des Zumutbaren erhöht und den Hebesatz für die Jagdsteuer von 15 auf 20 Prozent des Jagdwertes angehoben.

Bis vor einigen Jahren (1989) war der Kreis Heinsberg auch noch schuldenfrei: Diesen Zustand der Unschuld haben wir uns allerdings angesichts der Auflagen in den Planfeststellungsbescheiden für die Mülldeponien des Kreises nicht mehr erhalten können. Hauptsächlich wegen der Mülldeponien und der Zuschüsse zu Kindertagesstätten, Jugend- und Altenheimen sind wir zur Zeit mit 43,8 Mio. DM verschuldet. Das sind 191 DM/Einwohner, eine Pro-Kopf-Verschuldung, über die man sich nicht beklagen kann. Zumindest ist auch sie die niedrigste von allen Kreisen im Land.

Trotz diesen günstigen Aspekten sehen auch wir der weiteren Entwicklung mit Sorge entgegen. Mit den Einsparungen durch Ausgabenkürzungen stoßen wir schnell an Schallgrenzen, wenn wir an die gesetzlichen Verpflichtungen, die durch Richtlinien vorgegebenen Standards und - das eine hängt mit dem anderen zusammen - an die gestiegenen Ansprüche unserer Bevölkerung an die Verwaltungsleistungen - z. B. im Umweltbereich - denken. Wenn eine Einsparung beschlossen werden soll, hört man schon einmal in der politischen Diskussion den realistischen Satz: Dann müssen wir uns eben mit einer reduzierten Verwaltungsqualität zufrieden geben. Nachher hört man das dann aber meistens nicht mehr.

Was die Ausgabenseite des Haushalts betrifft, so dominieren bei unserem Kreishaushalt zwei Ausgabenbereiche: Das eine sind die Sozial- und Jugendhilfekosten. Das andere ist die Landschaftsumlage. Ich gehe davon aus, daß das bei den Kreisen allgemein so ist. Für den Kreis Heinsberg sieht das so aus:

Haushaltsvolumen des Verwaltungshaushalts	rd. 296 Mio. DM
Einzelplan 4 - also soziale Angelegenheiten -	rd. 117 Mio. DM
Landschaftsumlage	75 Mio. DM

Mit Einzelplan 4 und Landschaftsumlage sind bereits 65 % unseres Haushaltes gebunden. Dieser Bereich ist auch in den letzten Jahren ständig gestiegen.

Die Einnahmenstruktur der Kreishaushalte ist gekennzeichnet durch eine große Abhängigkeit vom Land einerseits und von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden andererseits. Die drei maßgeblichen großen Einnahmenblöcke unseres Haushalts sind die Kreisumlage mit 125 Mio. DM, die Schlüsselzuweisungen mit 38 Mio. DM und die Mehrbelastung für das Jugendamt sowie die Kostenanteile und -beiträge in der Sozial- und Jugendhilfe mit 78 Mio. DM.

Zu den Schlüsselzuweisungen möchte ich folgendes bemerken:

- 3 -

Diese allgemeinen Zuweisungen sind zwar summenmäßig gestiegen, ihr prozentualer Anteil am Haushaltsvolumen aber ständig gesunken. Betrachte ich die 10 Jahres-Sprünge 1974 - 1984 - 1994, so ergibt sich folgendes Bild:

1974 machten die Schlüsselzuweisungen noch 21,5 % des Haushaltsvolumens aus. 1984 waren dies nur noch 18,8 % und 1994 nur noch 12,7 %. Hier spiegelt sich die ständige Verringerung der Steuerverbundquote, die vor 20 Jahren noch 28,5 %, vor 10 Jahren 25,5 % und seit einigen Jahren nur noch 23 % beträgt. Bei der alten Steuerverbundquote von 1974 wären die Schlüsselzuweisungen für den Kreis Heinsberg heute rd. 9 Mio. DM höher.

Diese Einnahmenentwicklung hat bei den Kreisen die ständige Erhöhung der Kreisumlage mit einem immer angespannteren Verhältnis innerhalb der kommunalen Familie (Kreis - kreisangehörige Städte und Gemeinden) im Gefolge gehabt. 1974 hatten wir eine Gesamtkreisumlage - damals differenzierten wir noch nicht - von 34 %. Heute beträgt allein der Hebesatz für die allgemeine Grundkreisumlage 34 %, und es kommen 8,3 % Mehrbelastung zur Deckung der Jugendamtskosten hinzu.

Im Zusammenhang mit den Einnahmen muß ich darauf hinweisen, daß das Land seine Erstattungsleistungen an die Kreise für ihre Aufwendungen an asylbegehrende Ausländer, geduldete Ausländer und Aussiedler seit 1991, wo diese Aufwendungen noch voll erstattet wurden, immer mehr reduziert hat, indem es Höchstbeträge und Pauschalen eingeführt hat, die für das, was die Kreise tatsächlich leisten müssen, unzureichend sind. Hieraus sind in den Folgejahren als Diskrepanz zwischen Ausgaben und Erstattungen Millionenbeträge entstanden, die das Haushaltsdefizit vergrößert haben. Ich weiß, daß dies bei anderen Kreisen genauso ist. Deshalb spreche ich diesen zwischen den Sozialhilfeträgern und dem Land strittigen Punkt hier einmal an. Er hat uns schon mehrfach auf OKD-Konferenzen beschäftigt. Es wird bei den Kreisen allgemein befürchtet, daß die für 1995 geplanten Regelungen wegen unzureichender Erstattungspauschalen diesen unbefriedigenden Zustand fortschreiben.

Ich habe eben schon auf die Grenzen unserer Einsparbemühungen aufmerksam gemacht. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß uns gleichzeitig neue Ausgabenerhöhungen im Bereich des ÖPNV und demnächst im Zuge der Regionalisierung auch des Schienen-Personen-Nah-Verkehrs (SPNV) ins Haus stehen. Last not least möchte ich - speziell auf den Kreis Heinsberg bezogen - auf den großen Umstrukturierungsbedarf hinweisen, dem wir auch finanziell Rechnung tragen müssen. Für die Wirtschafts- und Strukturförderung haben wir im diesjährigen Etat rd. 1,7 Mio. DM im Verwaltungshaushalt, 1,3 Mio. DM im Vermögenshaushalt sowie 2,7 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen.

Damit bin ich bei dem 2. Schwerpunkt, zu dem ich Ihnen etwas über den Kreis

Heinsberg erzählen wollte.

Der Kreis Heinsberg ist durch die anfangs erwähnte Grenzlage, die ein Ergebnis des Wiener Kongresses von 1814 ist, in eine verkehrs- und wirtschaftspolitische nationale Randlage geraten, die ihn als ein strukturelles Manko fast 180 Jahre lang begleitet hat. Trotzdem war dieser Raum für die in ihm lebende Bevölkerung wirtschaftlich gesund, solange die vorherrschenden Branchen Landwirtschaft, Bergbau und Textilindustrie, insbesondere die Chemiefaserproduktion, florierten. Gerade das aber hat sich schlagartig gewandelt. Nahezu gleichzeitig sind in den letzten Jahren folgende Probleme aufgetreten:

- Erstens die für 1997 bevorstehende Schließung des Steinkohlenbergwerks Sophia-Jacoba in Hückelhoven. Da es sich hier mit rund 4.000 Beschäftigten um den größten Arbeitgeber im Kreisgebiet handelt, ist dieser Problempunkt der außerhalb des Kreises Heinsberg bekannteste. Er hat sich als Auslöser für eine Fülle von Maßnahmen erwiesen, die - gerade auch mit Unterstützung des Landes - in Angriff genommen worden sind und auf die ich noch zu sprechen kommen werde.
- Ein zweites Problem besteht darin, daß der zweitgrößte Arbeitgeber im Kreis, das Chemiefaserwerk AKZO in Heinsberg-Oberbruch, sich ebenfalls in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet und deshalb seine Beschäftigtenzahl, die in besten Zeiten über 7.000 betragen hat, auf rd. 1.800 Beschäftigte heruntergefahren hat. Auch die mittleren Maschinen- und Anlagenbauunternehmen im Kreisgebiet, wie Schlafhorst und Neumann & Esser in Übach-Palenberg sowie Wirth und Hegenscheidt in Erkelenz, kämpfen neuerdings mit Problemen.
- Ein dritter Problempunkt ist der sich in den letzten Jahren vollziehende Abbau militärischer Einrichtungen, von denen es wegen der Grenzlage im Kreis Heinsberg eine ganze Reihe gab. Inzwischen haben den Kreis verlassen: das deutsche Flugkörpergeschwader 2 in Geilenkirchen-Niederheid, die britische Royal Air-Force in Wegberg-Wildenrath und das britische Nachrichtenregiment in Wassenberg-Rothenbach. Das bedeutete den Abzug von 5.600 Soldaten und den Verlust von 360 zivilen Arbeitsplätzen mit entsprechendem Kaufkraftverlust und Auftragsrückgängen für die einheimische Wirtschaft. Es gab noch eine gewisse Kompensation dadurch, daß das deutsche Verifikationszentrum nach Geilenkirchen kam - eine hochrangige, aber kleine Abrüstungsdienststelle¹ - und eine kanadische Unterstützungseinheit mit rund 50 Soldaten.

¹ mit 286 Soldaten und 96 Zivilbeschäftigten

- Schließlich bleibt viertens ein permanenter Problempunkt die für kleine und mittlere Betriebe schwierige Lage der Landwirtschaft in der EU, die auch in unserem traditionell agrarisch geprägten Kreis einen starken Rückgang der Vollerwerbsbetriebe und vor allem der Ausbildungsstellen in der Landwirtschaft zur Folge hat.

Die Bekämpfung dieser sich kumulierenden regionalen Strukturprobleme wird durch zwei allgemeine Entwicklungen erschwert, nämlich einmal durch die Rezession und gedämpfte Investitionsbereitschaft der letzten Jahre und zum anderen durch die sich verschärfenden Sparzwänge der öffentlichen Hand einschließlich der Priorisierung bundespolitischer Hilfen für die neuen Bundesländer.

Trotzdem haben wir alle - und hier muß ich vor allem auch das Land Nordrhein-Westfalen mit einschließen - diesen akuten Strukturproblemen des Kreises Heinsberg nicht tatenlos gegenübergestanden.

Von den Maßnahmen der letzten Jahre will ich einige nur stichpunkthaft nennen:

- Erstellung eines Struktur- und Entwicklungsgutachtens durch Prognos, Basel,
- Ausbau der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg,
- Verbesserung der überörtlichen Verkehrserschließung durch den forcierten Weiterbau der Autobahn A 46, durch den Ausbau der B 221 und durch die Aufnahme einer neuen grenzüberschreitenden Bundesstraße B 1109 in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" im Bundesfernstraßenbedarfsplan.
- Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen an verschiedenen Stellen des Kreises, die ich hier nicht im einzelnen aufzählen will, und Errichtung von drei neuen Gründer- und Gewerbezentren, die ich kurz nennen sollte:
das Gründer- und Service-Zentrum in Hückelhoven,
das Euro-Service-Center in Geilenkirchen, das Sie morgen besichtigen wollen, und das noch im Bau befindliche Carolus-Magnus-Centrum in Übach-Palenberg mit der Schwerpunkt-Zielsetzung "Umwelttechnologie".

Von großer Wichtigkeit für diese und alle weiteren Aktivitäten und vor allem auch für die Anregung privater Investitionen sind die staatlichen Fördermaßnahmen, die das Land als mittelbewilligende Stelle gewährt. Hier konnten in den vergangenen Jahren mit tatkräftiger Unterstützung des Landes einige bedeutsame Fortschritte gemacht werden:

- Sehr schwierig gestaltete sich die Aufnahme des Kreises in die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", in die der Kreis seinerzeit nur mit einer von zehn Städten und Gemeinden, nämlich mit Übach-Palenberg, einbezogen war. Seit drei Jahren gehören wir mit sechs Städten zur Gemeinschaftsaufgabe, und zwar mit den Städten Erkelenz, Geilenkir-

chen, Heinsberg, Hückelhoven, Übach-Palenberg und Wassenberg. Dabei steht in den Städten Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven die höchste Förderpräferenz mit max. 18 % Investitionszuschuß zur Verfügung². Erfreulich war für uns vor einigen Wochen die Nachricht, daß nunmehr auch die Stadt Wegberg, ebenfalls mit einer Förderpräferenz von max. 18 %, in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen worden ist. Die Bedeutung gerade dieser Aufnahme ergibt sich aus den Bemühungen um Nachfolgenutzungen für das Flugplatzgelände Wildenrath, in die sich ja auch das Land sehr stark eingeschaltet hat.

- In diesem Zusammenhang ist aus dem Bereich der EG-Förderung die sog. Ziel 2-Förderung für Gebiete mit rückläufiger industrieller Entwicklung bedeutsam. In diese Förderung sind wiederum die sechs Städte Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg, Hückelhoven, Übach-Palenberg und Wassenberg einbezogen.

- Eine spürbare Hilfe für einige gezielte größere infrastrukturelle Projekte im Kreis Heinsberg war der vom Land aufgelegte "Handlungsrahmen für die Kohlegebiete", der ein offenes Programm zur Bündelung von Landes-, Bundes- und EG-Mitteln ist. In diesem Handlungsrahmen sind alle zehn Städte und Gemeinden des Kreises Fördergebiet. Ich erwähne dankbar, daß inzwischen aufgrund dieses Handlungsrahmens rd. 100 Mio. DM für Projekte im Kreis Heinsberg bereitgestellt worden sind. Damit sind gefördert worden:

- ... die angebotsorientierte Erschließung neuer Industrie- und Gewerbegebiete,
- ... der Ausbau des Gründer- und Service-Zentrums in Hückelhoven und des Carolus-Magnus-Centrums in Übach-Palenberg
- ... sowie Untersuchungen für die Nachfolgenutzung des Zechengeländes Sophia-Jacoba und des Flugplatzgeländes Wildenrath.

Für den Grunderwerb im Industriegebiet Geilenkirchen-Lindern, das Sie besichtigen werden, sind aus dem Handlungsrahmen 20 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden.

Worauf ich jetzt noch besonders zu sprechen kommen möchte, das sind die Nachfolgenutzungen

- a) für die Grundstücke und Anlagen von Sophia-Jacoba und
- b) für den Flugplatz Wildenrath.

In beiden Fällen geht es darum, für einen Teil der Flächen neue gewerbliche Nutzungen zu finden und im übrigen die nicht mehr benötigten Flächen wieder zu natürlichen Bestandteilen der freien Landschaft zu machen. Auch im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wird den Nachfolgenutzungen für

² In Erkelenz und Übach Palenberg 15 %
in Wassenberg 12 %

Wildenrath und Sophia-Jacoba im Hinblick auf künftige Förderungen, die heute noch nicht beziffert werden können, Vorrang eingeräumt. Dies hat Herr Staatssekretär Krebs ausdrücklich erklärt.

Im Falle Sophia-Jacoba will ich die bisherigen Schritte auf dem Wege zu einer Nachfolgenutzung wie folgt stichwortartig benennen:

- Bildung einer Kommission für Zukunftsaktivitäten im Management der Sophia-Jacoba GmbH
- Gründung einer 100 %igen Tochtergesellschaft von Sophia-Jacoba mit dem Namen Sophia-Jacoba Entwicklungsgesellschaft
- Herausgabe eines detaillierten Immobilienatlas mit allen Grundstücken und Anlagen der Zeche
- Vergabe eines Gutachtens über postmontane Nutzungspotentiale an die Technische Hochschule in Aachen und schließlich
- Gründung einer Interkommunalen Entwicklungsgesellschaft Hückelhoven-Wassenberg, an der außer diesen beiden Städten, in denen die meisten Zechenanlagen liegen, auch der Kreis und das Bergbauunternehmen selbst beteiligt sind.

Die Entwicklung konkreter und auch förderbarer Projekte wird sehr stark von den Untersuchungsergebnissen des Gutachtens abhängen, das noch nicht vorliegt.

In Wildenrath stellt sich die Situation insofern planerisch anders dar, als das gesamte Flugplatzgelände zum Gebiet der Stadt Wegberg gehört, die also hier allein die kommunale Planungshoheit hat. Zur Unterstützung der Stadt und ihrer Verwaltung ist unter dem Vorsitz des Stadtdirektors eine Lenkungsgruppe gebildet worden, der Vertreter des Bundes, des Landes, der IHK und des Kreises angehören. Als handelndes Organ dieser Lenkungsgruppe ist ein Projektmanagement geschaffen worden, das aus einer Mitarbeiterin der LEG³ und einem Mitarbeiter der Investitionsbank Nordrhein-Westfalen⁴ besteht, die beide ein Büro in der Stadtverwaltung Wegberg bezogen haben.

Eigentümer der Liegenschaften ist derzeit noch der Bund, der über sein Bundesvermögensamt in Aachen bisher nur Zwischennutzungen zugelassen hat und keine endgültigen Verfügungen über Teile des Geländes vorgenommen hat, um eine Gesamtnutzungskonzeption abzuwarten. Zur Gewinnung einer solchen Konzeption ist zunächst von der Stadt Wegberg mit Unterstützung des Landes und des Kreises ein Entwicklungsgutachten bei der LEG in Auftrag gegeben worden. Noch während der Erstellung dieses Gutachtens wurde von der Staatskanzlei in Verbindung mit der Filmstiftung des Landes die Idee einer Nutzung des Flugplatzgeländes für

³ Frau Strubelt

⁴ Herr Rehborn

filmische Zwecke entwickelt. Diese Idee erhielt durch einige spektakuläre Dreharbeiten in den dafür sehr geeigneten Flugzeughallen zusätzliche Nahrung, so daß auch eine gutachterliche Untersuchung über die wirtschaftliche Tragfähigkeit einer filmischen Nutzung in Auftrag gegeben wurde. Inzwischen hat sich aber der Gedanke einer filmischen Nutzung zerschlagen. Nachdem eine Förderentscheidung des Landes zugunsten eines Film- und Medienstandortes Bottrop-Kirchhellen gefallen ist, erscheint ein zweiter großer Medienstandort in relativer Nähe nicht mehr tragfähig.

Nunmehr richten sich die Hoffnungen für eine dem Wert des Geländes angemessene gewerbliche Schwerpunktnutzung auf ein neues Projekt. Und dabei handelt es sich um ein Investitionsvorhaben der Fa. Siemens, die für ihre Produkte aus dem Bereich Verkehrstechnik, von der Straßenbahn bis zur Hochleistungslokomotive, ein Prüfcenter mit einer dazugehörigen Teststrecke plant. Derzeit laufen zwischen Bund, Land, den Beteiligten der Region und der Fa. Siemens Überlegungen, wie die Erschließung und die spätere Vermarktung als Gewerbegebiet organisiert und finanziert werden können. Wenn auch Siemens seine endgültige Entscheidung erst im Oktober bekanntgeben will, kann doch auf Grund der bisherigen Verhandlungsergebnisse die Ansiedlung als wahrscheinlich bezeichnet werden. Das Wirtschaftsministerium, das auf höchster Ebene in die Verhandlungen eingeschaltet war, will die Erschließung des Gewerbegebietes mit 60 Mio. DM fördern. Sollte diese Ansiedlung eines weltbekannten Unternehmens auf dem Gebiet modernster Verkehrstechnik gelingen, verspricht man sich davon allgemein eine Sogwirkung für das neue Gewerbegebiet Wildenrath und auch für den Standort Kreis Heinsberg.

Wegen der gegenwärtigen Aktualität der Nachfolgenutzung Wildenrath will ich auf die Darstellung weiterer Bemühungen und Problemlösungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung verzichten. So könnte man auch noch berichten

- über die Nachfolgenutzung des freiwerdenden militärischen Geländes der britischen Nachrichteneinheit in Rothenbach,
- über die Bestrebungen des Kreises, gemeinsam mit dem Kreis Viersen und dem niederländischen Nachbarraum verstärkte Fremdenverkehrsaktivitäten zu entwickeln,
- über die Bemühungen des AKZO-Unternehmens in Oberbruch mit Stadt und Kreis Heinsberg und unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, freiwerdende Gebäude und Geländeteile sowie Ver- und Entsorgungskapazitäten Fremdfirmen und Mitnutzern anzubieten, und
- über die alltäglichen Aktivitäten unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Ich will mich jetzt mit der Erwähnung dieser Dinge begnügen, um die Schwerpunkte nicht zu verwischen.

Selbstverständlich ist alles wichtig, was Arbeitsplätze schafft und erhält und die Infrastruktur dieses Raumes verbessert. Wegen der Fülle der gleichzeitig zu bewältigenden Aufgaben bedürfen wir vielfältiger Hilfen. Wir bemühen uns seit Jahren, die Kräfte im Kreis und auch in der gesamten Region Aachen zu bündeln. Auch aus regionaler Sicht sind die Strukturprobleme im Kreis Heinsberg ein Grund, diesem Teil der Region in der gegenwärtigen Phase besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Dabei ist das Land naturgemäß unser wichtigster Partner. Ich darf deshalb auch Sie, Herr Minister und Sie, meine Damen und Herren des Ausschusses bitten, sich hier vor Ort von der Notwendigkeit und von der Zweckmäßigkeit eines verstärkten Mitteleinsatzes zugunsten der Region Heinsberg zu überzeugen.

Wir sollten bei allem Herausstellen der Probleme nicht verkennen, daß dieser Raum durch seine Lage im europäischen Binnenmarkt mittel- und langfristig eine hervorragende Zukunftsperspektive hat. Das Problem liegt nur darin, die schwierige Umstellungsphase, in die wir jetzt hineingehen, zu meistern, eine Phase, in der die alten Strukturen, die früher erfolgreich waren, ihren Dienst versagen und die neuen Strukturen und Funktionen in einer zukunftssträchtigen europäischen Brückenregion noch keine greifbaren Erfolge zeigen. Für die Generation der jetzt Handelnden steht noch die Reparatur der Schäden im Vordergrund, vor allem Ersatzbeschäftigungen zu schaffen für die 1997 wegfallenden Arbeitsplätze von Sophia-Jacoba. Es sind derzeit immer noch 3.400, und der verbleibende Zeitraum ist sehr knapp. Darin liegt ein großes Problem.

Insgesamt gehe ich aber davon aus, daß wir in einer großen, politische und räumliche Grenzen übergreifenden Gemeinschaftsleistung, bei der die Unterstützung des Landes eine wichtige Rolle spielt, den Umstrukturierungsprozeß zu einem guten Ende führen werden. Dazu brauchen wir natürlich außer den von mir dargestellten Anstrengungen und Hilfen auch ein wenig Glück.

Ich schließe mit einem Dank an das Land und der Bitte um weitere Unterstützung. Gemeinsam mit unserem Kämmerer, Herrn Pauli, stehen Herr Landrat Gruber und ich Ihnen noch gern für Fragen zu unserer Haushaltssituation und unseren Strukturproblemen zur Verfügung.